

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Gebr. Kersch, Dresden.

Verlagsanstalt: Kersch & Comp., Nr. 20618.

Abonnementpreis einschließlich Bruttogehalt monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M., Nr. 20618.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Erscheinungsdauer nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 Spaltenreihen 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 9 Spaltenreihen 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabung Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 50 Pf.

Nr. 213

Dresden, Dienstag den 19. Oktober 1920

31. Jahrg.

Die zwei Hälften

Der Kampf um die U.S.P.-Kasse

Gegenwärtig bietet sich der Welt das größte Bild, das zwei Parteien existieren, die sich beide U. S. P. D. nennen und von denen sich jede als rechtmäßige Vertreterin der in Frage gerufenen alten U. S. P. D. ausgibt. Das muß natürlich bei der derbfaustigen Veranlagung der Linken zu einem Kampf um den Parteiführer führen, der stark an die Kämpfe der verfallenen Revolutionäre erinnert. So begehen in Halle die Anhänger des linken Flügels der U. S. P. D. das gleiche Verbrechen und das Parteisekretariat. Zwei auf dem rechten Flügel der Partei stehenden Redakteure des Blattes wurde der Zutritt verweigert. Die Stellen wurden durch Anhänger des linken Flügels besetzt.

In Berlin haben, wie der Vormarsch erzählt, die unabhängigen Redakteure in den letzten Nächten den größten Teil ihrer Mitgliedschaft in dauernder Unruhebereitschaft gehalten, um die „Freiheit“ vor Überfällen zu sichern.

Die neuorganisierte rechte U. S. P. erklärt ein „Manifest an das deutsche Proletariat“, das als programmatische Grundlegung zu werten ist. In der Einleitung wird abwechselnd auf die Sozialdemokratie und auf die Kommunisten geschimpft, wobei die Sozialdemokratie mit dem Vorwurf bedacht wird, daß sie die Politik der U. S. P. bisher vertritt. In späteren Stellen kommen die Forderungen, die von der neuen U. S. P. als die dringlichsten und wichtigsten an die Gegenwart gestellt werden: Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung in den entscheidenden Wirtschaftszweigen, insbesondere die sofortige Sozialisierung im Bergbau. Ferner die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte zur Ergründung der Produktionskontrolle. Drittens Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Sozialisierung und durch das Verbot der Stilllegung von Betrieben, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung bis zur Garantie des Existenzminimums. Viertens energische Kommunalisierungspolitik in den Gemeinden und sozialistische Wohnungspolitik. Fünftens rücksichtslose Erhebung der Vermögenssteuer. Sechstens und schließlich ausreichende soziale Fürsorge, insbesondere für die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, Arbeitsinvaliden und Altersrentner.

Unter diesen sechs Forderungen ist auch nicht eine, die nicht von der Sozialdemokratie schon seit Jahr und Tag auf das entschiedenste erhoben wird. Die Sozialdemokratie steht mitten im Kampf um diese Forderungen und hat manches von ihnen bereits durchgeführt, während die U. S. P. mit totalen Prägen im Schmutzwinkel stand. So hat sie insbesondere über die Stilllegung von Betrieben zum mindesten eine staatliche Kontrolle erreicht und für die Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen in dem neuen Versorgungsgebot zwar noch nicht ausreichende, aber doch immerhin den früheren Zustand erheblich verbessernde Vorteile herausgeholt.

Wie ist also die Politik der U. S. P. durch unsere Partei bereitet worden? Sobald die U. S. P. aus dem allgemeinen Proletariat auf die Erde der praktischen Arbeit für das Proletariat herabsteigt, wird sie die Sozialdemokratie nicht unter sich, sondern bahnbrechend vor sich finden. Es ist jedenfalls noch charakteristisch, daß die rechte Hälfte, die sich auch jetzt in Schimpereien gegen die Sozialdemokratie ergötzen muß, für die praktische Arbeit nur ein Programm aufstellen kann, das von der Sozialdemokratie längst in Angriff genommen ist. Die rechte U. S. P. beweist damit, daß sie neben der Sozialdemokratie vollkommen überflüssig ist, und die noch ihr angehörenden Arbeiter läßt richtig, sofort den Schritt zur Sozialdemokratie zurückzumachen. Die Rechtsunabhängigen bleiben nun einmal die Halben, als die sie in Halle eint Schiffsbruch erlitten. Gang sind an ihnen nur die demagogischen Schreie, unter denen sie ihre Halbheiten betreiben.

Um die Zeitungen

Hannover, 18. Oktober. Der kommunistische Flügel der Unabhängigen hat sich heute mit Gewalt in den Besitz der Gewerkschaftsdruckerei Wolfswinkel gesetzt und die Ausgabe der bereits gedruckten Zeitung verhindert, die einen Aufsatz und organisatorische Mitteilungen der provisorischen Leitung der gewerkschaftlichen Richtung enthält.

Die Spaltung der U.S.P.-Fraktion

Berlin, 18. Oktober. Die Verbstimmung des Reichstages wird am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, mit einer Vollversammlung einberufen, auf deren Tagesordnung außer 13 Punkten Fragen der Entscheidung des Reichstages stehen. Für den Vornachmittag haben sich sämtliche Parteien ihre Mitglieder zu Fraktionsversammlungen eingeladen, desgleichen wird unmittelbar vor dem Beginn der Reichstagsversammlungen die Spaltung der U. S. P. D. tritt hier ein. In Halle ist es bereits am Montag nachmittag der rechte Flügel der U. S. P. D., an dem nach dem obenstehenden Stande 50 Abgeordnete gehören, eine Resolution angenommen, in der die Lage der Partei nach der Spaltung besprochen wurde. In irgendwelchen greifbaren Resultaten hat diese Resolution bisher noch geführt, angenommen wurde jedoch ein Protest gegen die Aufhebung der beiden Ausführenden Ausschüsse und Komittees.

Wie wir wissen, ist der rechte Flügel der Partei, daß sich die Abgeordnetenzentrale im Reichstagsgebäude, die zur Zeit 1111 Mann umfaßt, nach wie vor zusehe, um so mehr, als bei dem Charakter des Reichstagswahlgesetzes als einer Listenwahl die durch das Ausschließen des linken Flügels eine irreverwendende Wandlung automatisch aus der bestehenden U. S. P. D. ableiten müssen. Sollte jedoch die Deutsche Volkspartei die entsprechende ihrer Mitgliederzahl an wichtiger Stelle nicht, so würde die Partei in der Reichstagswahl, so wird der rechte Flügel diejenige Fraktion bilden, die den Reichstagswahlkampf einleitet.

Der linke Flügel der U. S. P. D., der sich vorläufig U. S. P. D. (Gruppe Eichhorn) nennt und zur Zeit 27 Abgeordnete zählt, hat für Dienstag vormittag eine eigene Fraktionsversammlung.

Die ersten Streikfolgen in England

Der Streik der englischen Kohlenarbeiter beginnt bereits seine lähmenden Wirkungen auf das gesamte Erwerbsleben geltend zu machen. Viele andere Industrien sind durch ihn in Mitleidenschaft gezogen. Wenn er weiter andauert, dann werden in England große Fabrikbetriebe geschlossen werden müssen. Als erste Folge des Streiks nimmt die Arbeitslosigkeit in England bereits einen großen Umfang an. In Südwales sind 250 000 Arbeiter ohne Beschäftigung, weil die Stahlwerke, die Eisenbahnen und die Holzwerke sofort den Betrieb einstellen. In Sheffield feiern 85 000, in Swansea werden am kommenden Sonnabend 100 000 Arbeiter arbeitslos sein. Im Tyne-Industriegebiet sind 20 000 Arbeiter angestellt, in der Grafschaft Durham 10 000. Im Bezirk Glasgow werden innerhalb weniger Tage eine große Anzahl von Stahlwerken, Eisenbahnen und andern Metallwerken schließen müssen.

Lloyd George hat einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, worin es heißt, daß die Regierung alle Mittel anwenden werde, um den Streik abzuwürgen. Die Regierung werde ihr Neuestes tun, um eine gerechte Kohlenverteilung vornehmen zu können. Jeder Haushalt könne dazu mithelfen, indem er Kohlen spart, ebenso jede Fabrik, wenn sie dafür Sorge, daß die vorhandenen Kohlenmengen so stark wie möglich getreckt würden. Neben dem allgemeinen Kohlenausfuhrverbot hat die Regierung auch Sonderbestimmungen über die Kohlenbelieferung der Passagier- und Frachtboote erlassen.

Der Bergarbeiterführer Lodge rechtfertigt in einer Zuschrift an die Presse den Ausbruch des Streiks mit dem Hinweis auf die Haltung der Regierung, die den Bergarbeitern keine andere Alternative als die Arbeitsniederlegung übriggelassen habe. Er führt die lang hingezogenen Verhandlungen als Beweis für den Wunsch der Arbeiter nach Frieden an und rechtfertigt die Forderung einer Lohnerhöhung mit den täglich steigenden Preisen aller Bedarfsartikel. Die Lohnfrage sei einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Darauf hätten sich die Arbeiter nicht einlassen können. Welche Garantien hätten die Bergarbeiter, wenn die Regierung selbst ein noch so unparteiisches Schiedsgericht anerkennen würde? Tatsache sei eben, daß die Bergarbeiter jegliches Vertrauen in die Regierung verloren hätten. Sie wären sich dessen wohl bewußt, welche Opfer der Streik ihnen selbst, ihren Familien und der Allgemeinheit auferlegen würde. Aber die Haltung der Regierung lasse ihnen keinen andern Ausweg. — Wie aus London gemeldet wird, glauben die Bergleute imstande zu sein, den Streik sechs Wochen lang durchzuführen zu können.

Die Leitung der Eisenbahner-Gewerkschaftsbereinerung hielt am Sonnabend eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, die Landesdelegierten zusammenzubekommen, um eventuell die Bergarbeiter zu unterstützen. Der Vollzugsausschuß hat die Zweigstellen angewiesen, bei ihrer Beschlußfassung auf der Konferenz darauf Rücksicht zu nehmen, wie ernst sich die Lage im Falle

eines Unterliegens der Bergleute gestalten würde. Zur Haltung der Eisenbahner wird außerdem noch aus Harsea gemeldet, daß der Eisenbahnerführer Thomas einen Appell an die Eisenbahnarbeiter richtet, in dem er sie im Anbetracht des Bergarbeiterstreiks ermahnt, den Anordnungen der Führer Folge zu leisten. Thomas wird voraussichtlich den großen Einfluß, den er bei den Eisenbahnern besitzt, anzuwenden, um zu verhindern, daß der Streik auf sie übergreift. Er begrüßt das Anerbieten Lloyd Georges, jederzeit zu verhandeln, und tritt dafür ein, daß das Parlament sich mit der Lage befaßt, da es sich beim Bergarbeiterstreik keineswegs um einen Kampf zwischen den Bergarbeitern handele. Auch Clynes bemüht sich darum, eine Einigung herbeizuführen.

Arbeitslosen-Unruhen in London

Eigene Dramenmeldung

London, 19. Oktober. (United Telegraph.) Bei Gelegenheit von Arbeitslosendemonstrationen kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. 20 000 Personen demonstrierten vor dem Rathaus, worauf sich sieben Bürgermeister Groß-Londons zu Lloyd George begaben, um in der Arbeitslosenfrage vorstellig zu werden. Lloyd George versprach, bei der Parlamentsöffnung am Dienstag eine Erklärung darüber abzugeben. Inzwischen wurde die Menge immer unruhiger und bedrohte die im Ministerium befindlichen Polizisten. Es erschien darauf berittene Polizei. Wie auf ein Signal begann plötzlich die Menge mit einem Bombardement von Steinen. Zahlreiche Fenster der Ministerien wurden eingeschlagen. Dann zog die Menge von Downing Street gegen Trafalgar Square, wo sie, mit roten Fahnen winkend, den dortigen Polizeifordon zu durchbrechen suchte. Auch im Kriegsministerium wurden viele Fenster eingeschlagen. Im Strandhotel wurden inzwischen zwei Zimmlenfenster aufgebrochen und ihrer Kostbarkeiten beraubt. Es sind Gerüchte im Umlauf, daß aus Anlaß des Kohlenarbeiterstreiks neue Wahlen ausgeschrieben werden sollen. — An der New Yorker Börse ist der Sterlingkurs in diesen Tagen erheblich gefallen.

Das sorgenfreie Frankreich

Paris, 19. Oktober. In einem Artikel über den englischen Bergarbeiterstreik erklärt die Action Française, sie mache sich keine Sorgen über die Wirkung des Streiks auf Frankreich, da ja die Kohlenvorräte der französischen Polinen, Industriezentren usw. für Monate hinaus ausreichen. Dieser verhältnismäßige Überfluß rühre von den besten Kohlenlieferungen her und von der Produktion der nordfranzösischen Bergwerke, die seit Juli um über 100 000 Tonnen zugenommen habe.

Eine Mahnung an die Bergarbeiter

Untern 5. Oktober wandten sich die Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Sachsens an das Arbeitsministerium mit der Bitte, den Bergarbeitern nahezugeten, ihre an sich völlig gerechtfertigten Bedenken gegen das Verbot von Überberichten angesichts der Not unserer Zeit zurückzulassen. Das Arbeitsministerium möge die Bergarbeiter ermahnen, in erster Linie doch die traurigen Verhältnisse der sächsischen Erwerbslosen zu berücksichtigen. Die Vertreter von mehreren großen Gewerkschaften führten daneben in einem Extratschreiben an das Ministerium Beispiele an, die mit erschreckender Deutlichkeit beweisen, daß an der großen Arbeitslosigkeit zu einem erheblichen Teile der Mangel an Kohle schuld trägt. In ihrem gemeinsamen Schreiben sagten sie zum Schluß:

„Wir sind weit entfernt, den Bergarbeitern mit legendären unberechtigten Forderungen oder Wünschen zu nahe zu treten, meinen jedoch, daß die Interessen der Erwerbslosen wie der gesamten Arbeiterschaft höher stehen als ausnahmsweise noch so berechtigte Bedenken. Wir bitten deshalb unsere Arbeitgeber im Bergbau, praktische Solidarität dadurch zu üben, daß sie mehr Kohle und damit Arbeit, Verdienst, Brot und Lebensfreude für die Erwerbslosen schaffen.“

Es wird hoffentlich die Zeit kommen, in der die übrige Arbeiterschaft durch aktives Eintreten für die Bergarbeiter diesen Verheißungen nach wie in dieser Zeit der schweren Not für die gesamte Arbeiterschaft tun.“

Das Arbeitsministerium ist dem Wunsch der Arbeiterschaft Sachsens sofort nachgekommen und hat, nachdem seine Vertreter in verschiedenen Konferenzen die Bergarbeiter auf die Notwendigkeit der Mehrförderung von Kohlen hingewiesen hatten, nunmehr an die Bergarbeiter eine öffentliche Mahnung in Form eines Flugblattes verbreiten lassen. In diesem Flugblatt wird den Bergarbeitern nachgetrieben, daß durch die Verbilligung der Partikeln in ihr hauptsächlichster Grund gegen die Überberichten fortgefallen sei. Zu den bisherigen Extrabergleistungen für Überberichten komme noch eine neue, nämlich die Belieferung mit Textilwaren zu ermäßigten Preisen. Die Regierung habe die Reichsregierung veranlaßt, die Herstellung dieser

Textilwaren, auch die für die Ruhr-Bergleute, in Sachsen vorzunehmen zu lassen. Da hierbei mehrere hunderttausend Personen in Frage kommen, bedeutet das eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie. Wörtlich heißt es alsdann in dem Flugblatt der Regierung u. a.:

„Wenn sonach die Bergarbeiter mehr Kohlen fördern, vermehren sie die Arbeitslosigkeit und damit die Not der Erwerbslosen. Es gibt zur Zeit gar kein besseres Mittel zur Behebung der Arbeitslosigkeit als die Förderung von mehr Kohlen!“

Dazu kommt, daß Kohlen und Kalk fast die einzigen Zahlungsmittel sind, mit denen wir Lebensmittel vom Auslande bezahlen können. Ein weiteres gutes Zahlungsmittel wären sächsisch hergestellte Fabrikate, die in der ganzen Welt gefach sind — aber es fehlt an Kohlen, sie herzustellen. Das neutrale Ausland zahlt uns für Kohlen riesige Preise — was können wir damit alles an Lebensmitteln kaufen! ...

Die Bevölkerung bekommt viel zu wenig Hausbrandholz. Jetzt im Oktober können die erst die Kohlen geliefert werden, die bereits vor drei Monaten fällig waren! Wie soll das im Winter werden? ...

Daß die Forderungen der Bergarbeiter im wesentlichen berechtigt sind, haben bei den Besprechungen sowohl die Vertreter der Regierung als auch die der Unternehmer anerkannt. Im Tage der Unternehmung, der Sächsischen Industrie Nr. 44, erklärte vor einiger Zeit Regierungsrat Krümer:

„Verlangt man vom Bergarbeiter wesentlich erhöhte Leistungen, so wird man ihn unter allen Umständen auch besser ernähren, insbesondere ihm bei seiner schweren Arbeit mehr als bisher Fettstoffe zuzuführen müssen. Fast, daß dies geschieht, hat die Allgemeinheit ein großes Interesse.“

Und in einer früheren Nummer derselben Zeitschrift wurde geschrieben:

„Für die Ueber- und Sonntagsschichten gebührt dem Bergarbeiter der Dank aller Verbraucher.“

Aber es wurde in den bisherigen Konferenzen wie in der obigen Zeitschrift die Bergarbeiterschaft auch gebeten, wegen ihrer Forderungen nicht das ganze Volk leiden zu lassen. Es wurde betont, daß heute jeder täglich viele derartige Wünsche